

Exklusiv-Interview mit Dr. Arnold Wallraff, Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Herr Dr. Wallraff, Sie sind jetzt seit gut vier Monaten Präsident des BAFA. Haben Sie sich in Ihrer neuen Funktion schon „eingelebt“ und welche Ziele haben Sie für Ihre Amtszeit?

Dr. Wallraff: Präsident einer Behörde sein zu dürfen, die in den ganz verschiedenen Bereichen Außenwirtschaft, Wirtschaftsförderung und Energie große Fachkompetenzen hat, ist eine faszinierende Aufgabe. Ich habe mir für meine Amtszeit drei Schwerpunkte vorgenommen:

Erstens: Ich fühle mich der Fortführung und Stärkung dieser Kompetenzen verpflichtet, möchte das BAFA aber rund um diese Bereiche noch breiter als umfassenden, modernen Dienstleister von Wirtschaft, Mittelstand und Verbrauchern aufstellen.

Zweitens: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bewegt sich als obere Bundesbehörde nicht im luftleeren Raum, sondern im Spannungsfeld verschiedener Politikbereiche. Wir haben Aufgaben der Wirtschafts- und insbesondere der Außenwirtschaftspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik, der Energiepolitik, aber auch der Umwelt- und Klimaschutzpolitik zu erfüllen. Von daher ist es unerlässlich, ein gut funktionierendes Netzwerk mit den politisch verantwortlichen Institutionen und Personen in Berlin, Bonn und Brüssel auf- und auszubauen, den neuen Tendenzen nachzuspüren und sie in dem einen oder anderen Punkt vielleicht sogar mit zu beeinflussen.

Drittens: Besonders wichtig ist es mir, dass wir die Menschen und Unternehmen, die mit unserem Amt als Antragsteller oder Informationssuchende in Kontakt treten, in erster Linie als Kunden betrachten und ihre speziellen Bedürfnisse und Besonderheiten fest im Blick haben. Dabei spielen neben den Bürgern und den Großunternehmen vor allem die kleinen und mittleren Betriebe und das Handwerk eine entscheidende Rolle. Sie sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie schaffen die meisten neuen Arbeitsplätze. Sie sind vielfach die wahren, oft im Verborgenen wirkenden Exportchampions.

Was heißt das im Einzelnen? Wie kann das BAFA konkret den Mittelstand unterstützen?

Dr. Wallraff: Zunächst ganz allgemein, indem das BAFA sich auf die Fragen und Probleme des Mittelstandes einlässt und versucht, in seinen Verfahren darauf Rücksicht zu nehmen. Wir bieten den Unternehmen unsere Unterstützung an durch Information und Service, z.B. mit unserem umfangreichen Internetauftritt¹, in dem alle Informationen über Förderprogramme oder Genehmigungsverfahren transparent und vorhersehbar zu finden sind. Außerdem kann man die entsprechenden Hotlines anrufen und Printinformationen erhalten. Viele Anträge lassen sich bereits elektronisch stellen. Das ist eine große Erleichterung für die Unternehmen.

Materiell ist die Unterstützung vor allem im Bereich der Wirtschafts-

förderung messbar. Das BAFA fördert viele KMU unmittelbar mit Finanzmitteln oder unterstützt die Tätigkeiten durch Fortbildungen im Managementbereich. Aus unseren Förderprogrammen sind im letzten Jahr über 60 Mio. € direkt an KMU gegangen. Außerdem fließen oft Fördergelder indirekt in den Mittelstand. Im Rahmen des Marktanreizprogramms „Erneuerbare Energien“ gehen z. B. die Fördergelder über den antragstellenden Bürger in das mittelständisch geprägte Installationsgewerbe von Solarthermie- oder Pelletanlagen. Die eingebauten Anlagen werden ebenfalls von Mittelständlern produziert. Einer Primärförderung von 160 Mio. € im Marktanreizprogramm stand im Jahr 2006 so ein sekundäres Gesamtinvestitionsvolumen von 1,4 Mrd. € gegenüber, ein beeindruckendes, umfassendes Mittelstandsförderungsprogramm.

Wie Sie sehen, hat also nicht nur die Wirtschaftsförderung mit direkt auf die mittelständische Wirtschaft ausgerichteten Programmen, sondern auch die gesamte Tätigkeit des BAFA im Energie- und Klimaschutzbereich erheblichen positiven Einfluss auf kleine und mittlere Unternehmen. Und das gilt sogar im Bereich der Außenwirtschaft. Wenn Sie so wollen, ist unsere Prüfung der Genehmigungsfähigkeit von Exportvorhaben eine Art Lebensversicherung für den guten Ruf der Unternehmen. Denn wer einmal in einen Exportskandal verwickelt ist, hat es am Markt sehr schwer.

Aber auch was gut ist, kann noch besser werden. Deshalb stehen wir

¹ www.bafa.de

in engem Kontakt mit den Verbänden der Wirtschaft, um bei den aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen zwingend erforderlichen Verfahren der Exportkontrolle stärker als bisher auf die Geschäftsprozesse insbesondere der kleinen



Dr. Arnold Wallraff

und mittleren Unternehmen Rücksicht zu nehmen, deren wirtschaftliche Existenz unter Umständen von der frühzeitigen Klarheit über die Genehmigungsfähigkeit eines einzelnen Exportauftrages abhängen kann.

In allen unseren Fachbereichen ist also die Arbeit des BAFA unmittelbar oder mittelbar für den wirtschaftlichen Erfolg vieler Branchen des Mittelstands mitverantwortlich.

Das BAFA hat neben der Wirtschaftsförderung seine Kernaufgabe also im Bereich der Außenwirtschaft. Welche Schnittstellen haben Sie zur Zollverwaltung und worin bestehen die Unterschiede?

Dr. Wallraff: Noch vor ein paar Jahren waren die Schnittstellen nicht allzu groß; das hat sich ge-

ändert. Die Zollverwaltung hat sich von einer vorwiegend fiskalischen hin zu einer auch sicherheitsrechtlich relevanten Administration entwickelt. Das bedeutet für uns eine immer engere, arbeitsteilige Zusammenarbeit mit den Kollegen vom Zoll. Wir kooperieren so im Rahmen eines mit verschiedenen Stellen gemeinsam entwickelten Gefahren- und Sicherheitslagenansatzes mit dem Ziel der Bekämpfung der Proliferation und illegaler Exporte, ohne die legalen zu behindern. Dabei prüfen wir nach Außenwirtschaftsrecht, ob eine Genehmigung erforderlich ist und erteilt werden kann. Der Zoll überwacht den Warenverkehr und prüft dabei, ob eine notwendige Genehmigung auch vorliegt. Im Zweifelsfall und bei Verdacht auf Verstöße wird das BAFA kontaktiert.

Stichwort „Exportkontrolle“. In Ihrem Hause erhalten Unternehmen bei Bedarf die sog. „Anti-Terror-Liste“. Was genau steckt hinter dieser Liste und wie sollten Unternehmen damit umgehen?

Dr. Wallraff: Die sogenannte „Anti-Terror-Liste“ besteht aus zwei EU-Verordnungen, die auf der Grundlage von Sicherheitsratsresolutionen der Vereinten Nationen verabschiedet wurden. Geregelt wird das Einfrieren von Geldern und das Verbot, den aufgeführten Personen oder Organisationen wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das BAFA kann den Unternehmen Informationen geben, wenn sie mit dort gelisteten Empfängern zu tun bekommen. Das BAFA sieht sich hier als Multiplikator. So wollen wir den Unternehmen helfen, damit sie nicht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Personen oder Organisationen treten und so zu deren Zielen beitragen, aber auch ihren eigenen wirtschaftlichen Interes-

sen nicht schaden. Wichtig ist uns, dass den Unternehmen klar ist, dass diese Listen beachtet werden müssen, weniger, wie die Unternehmen das im Einzelnen organisatorisch umsetzen.

Bei der AWV gibt es einen Arbeitskreis, der sich mit Handelserleichterungen beschäftigt und die AWV hat sich insgesamt dem Bürokratieabbau verschrieben. Können Sie die Kritik verstehen, dass mit dem Argument der Terrorismusbekämpfung vielfach wieder bürokratische Hindernisse im Außenhandel aufgebaut werden?

Dr. Wallraff: Eine solche Kritik erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Wir müssen uns aber immer wieder vor Augen halten, dass es hier um sehr gewichtige außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten geht: legaler Handel soll so wenig wie möglich beeinträchtigt werden, aber die Gefahren durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, bzw. Waren, die ihrer Herstellung oder Verbreitung dienen, sind real und Kontrollen zu ihrer Minimierung daher notwendig. Niemand kann ein Interesse daran haben, einen – und sei es auch nur mittelbaren – Beitrag zu Ereignissen wie dem 11. September in New York oder den Anschlägen am 11. März in Madrid zu leisten. Gleichwohl bemühen wir uns zusammen mit den Verbänden der Wirtschaft um Transparenz der Verfahren und materiellen Regeln, um die unvermeidlichen Beeinträchtigungen der Unternehmen in diesem Bereich vorhersehbar und erträglich zu halten.

Zum Abbau von Bürokratie bzw. zur Erhöhung der Effizienz von Zollverfahren dient u. a. auch die Einführung von elektronischen Verfahren im Zollbereich („e-Customs“). Dieses Projekt der EU sollte aber nicht an den jeweiligen Landesgrenzen enden, sondern übergreifend arbeiten. Das BAFA fördert die enge Zusammen-

arbeit mit anderen Dienststellen und Zollverwaltungen in Drittländern. Wie machen Sie das?

Dr. Wallraff: Die Zusammenarbeit in der Europäischen Union ist selbstverständlich sehr eng, schließlich haben wir den gemeinsamen Binnenmarkt für dual-use Güter². Dies wird entsprechend in den Brüsseler Gremien gefördert.

Mit wichtigen Drittstaaten pflegte das BAFA außerdem schon immer bilaterale Kontakte. Seit zwei Jahren ist dies institutionalisiert: Wir führen im Auftrag der Europäischen Kommission Projekte mit Drittstaaten durch, um deren Exportkontrollen zu verbessern. Denn je besser und einheitlicher die Systeme aller Staaten werden, um so schwerer ist die Beschaffung von Massenvernichtungs- oder konventionellen Waffen, um so geringer ist die Chance für unsere Konkurrenten auf den Weltmärkten, aus Regelungs- oder Implementierungsdifferenzen Vorteile im internationalen Wettbewerb zu ziehen.

Bei den Staaten, mit denen wir zusammenarbeiten handelt es sich um Russland, China, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ukraine und Marokko, allesamt wichtige Handelspartner Deutschlands und daher sehr an der Zusammenarbeit interessiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt für die EU auch in ihrer direkten Nachbarschaft in Südosteuropa. Daher kooperieren wir auf dem Gebiet der Exportkontrolle intensiv mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Kroatien hat bereits einen Beitrittsstatus, aber auch die anderen Länder werden möglicherweise eines Tages zur EU und damit zum gemeinsamen Markt gehören. Deshalb ist unsere Arbeit hier so wichtig.

Diese Projekte fördern aber auch die Zusammenarbeit zwischen den aktuellen Mitgliedstaaten: weil es EU-Projekte sind, beziehen wir die Kollegen aus anderen EU-Staaten ein. Der Inhalt dieser Projekte ist ganz individuell auf die Bedürfnisse des jeweiligen Partners abgestimmt und kann von der Exportkontrollgesetzgebung über die praktischen Verfahren, bis zur Strafverfolgung gehen und hat natürlich auch einen Schwerpunkt beim Zoll. Ein wichtiger Faktor ist, dass wir die guten Erfahrungen aus dem Dialog mit der deutschen Industrie auch in den Partnerländern einbringen und dort zu einem entsprechenden Ansatz ermutigen. Der Ausbau elektronischer Verfahren ist dabei auch ein Element der Zusammenarbeit.

Zum Abschluss: Deutschland kann es sich als Exportnation gar nicht erlauben, die amerikanischen und europäischen Sicherheitsinitiativen nicht einzuhalten. Kann Sicherheit so gestaltet werden, dass deutsche Unternehmen dennoch ihre Güter weltweit relativ einfach verkaufen können?

Dr. Wallraff: . Dies ist ein hochpolitisches Feld, wenn man z.B. die Situation im Iran bedenkt. Die amerikanischen und deutschen Sicherheitsinteressen sind dabei im Bereich der Proliferationsbekämpfung grundsätzlich deckungsgleich. Der politische Wille muss aber jeweils in Regeln heruntergebrochen werden, die weitmöglichste Verhaltenssicherheit für alle Beteiligten einschließlich der Exporteure eröffnen. Dafür sind in erster Linie nicht wir, sondern die politischen Instanzen verantwortlich. Wir wirken allerdings vielfach beratend mit. Die Regeln werden außerdem oft auf supranationaler oder multilateraler Ebene festgelegt.

In diesem vorgegebenen Rahmen bemühen wir uns darum, serviceorientiert zu handeln und die Bearbeitungszeiten für die Unternehmen so kurz wie möglich zu gestalten, soweit wir das direkt beeinflussen können. Außerdem bieten wir umfangreiche Unterstützung an: Das vom BAFA herausgegebene „Handbuch der deutschen Exportkontrolle“ ist das Standardwerk. Wir haben aber auch viele Publikationen für „Einsteiger“, wie das Buch Praxis der Exportkontrolle, informieren bei Veranstaltungen über neue Entwicklungen und haben alle wichtigen Informationen auf unserer Internetseite veröffentlicht.

Eine große Erleichterung ist die Möglichkeit, Anträge elektronisch zu stellen: „ELAN“ (Elektronische Antragsstellung) verkürzt die Bearbeitungszeit und ist interaktiv, kann also unstimme oder fehlende Informationen erkennen und bei der Eingabe rückmelden. So erübrigen sich viele zeitraubende Rückfragen an den Antragsteller.

Ich glaube daher, wir tun eine ganze Menge, um den Unternehmen zu helfen. Trotzdem bleiben wir nicht stehen und suchen immer nach Möglichkeiten, das Verfahren noch einfacher für die Unternehmen zu gestalten, ohne die Ziele der Exportkontrolle durch geringere Kontrollstandards zu gefährden. Dabei suchen wir auch den Dialog zur Wirtschaft. Ich finde es auch sehr wichtig, dass sich eine vom BMWi geförderte Institution wie die AWW der Balance zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Regierungen und den Interessen der Unternehmen an einfachen Prozessen annimmt. Das BAFA wird diesen Prozess im Rahmen seiner Möglichkeiten immer unterstützen.

Das Interview führte Carolin Klas.

² Güter mit ziviler Verwendung, die aber auch für die Herstellung oder die Ausbringung von Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden können.